

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachel- und Steinzeugindustrie, für Gipser, Putzer, Stuckateure, Isolierer, Fliesenleger, Steinholzer und Terrazzoarbeiter, Glaser, Ofenseher und Töpfer jeder Art

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 1500 Mark (ohne Postgebühren). Bezugsbestellungen nur durch die Post.	Herausgegeben vom <b>Deutschen Bauergewerksbund</b> Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß des Blattes: Donnerstag mittag 12 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 500 Mark für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum berechnet.
--	--	--

### Der Wirtschaftszusammenbruch Deutschlands.

Deutschland taumelt am Rande des wirtschaftlichen Abgrundes hin und her. Der Wert der Dollar, die Mark sinkt unter den Kurs der österreichischen Krone. Sie nähert sich mit Riesenschritten dem russischen Rubel, der heute so gut wie gar keinen Wertbegriff mehr darstellt. Hunger und Teuerung steigen bis zur Unerkennbarkeit. Unruhen und Lebensmittelmangel sind die Folge; denn der Lohn folgt bei weitem nicht der Teuerung. Eine eigentliche Reichsteilung fehlt; was man so nennt, wird rat- und fassungslos von den Tagesereignissen hin- und hergeworfen. Mit dem einen Ohr hört die Regierung nach den ihr besonders ans Herz gewachsenen kapitalistischen Kreisen, mit dem andern muß sie die berechtigten Proteste der Arbeiterklasse entgegennehmen und ihnen, dem Diktator der Notwendigkeit folgend, zum Teil Rechnung tragen. Ein neues Reparationsangebot an die Entente verzögert sich von Tag zu Tag. Die Diktatur der deutschen Industrie an den Reichsständen, in der sie ihre Bereitwilligkeit ausdrückt zur Übernahme der Garantie eines Teiles der Reparationslasten, ist mit „Wenn“ und „Aber“ gespickt und läuft darauf hinaus, diese „Mithilfe der Wirtschaft“ reiflos auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen und dabei noch besondere Profite herauszuwirtschaften. Dieses Angebot liegt durchsichtig, daß die Bereitwilligkeit der Kapitalistenklasse, jährlich 500 Millionen Goldmark an Garantie für den Anteilendienst zur Reparationsbedeutung beizutragen, abhängig gemacht wird von einer Reihe wirtschaftlicher und sozialpolitischer Eingriffe, die die Arbeiter- und Angestelltenklasse unmöglich hinnehmen könnte. Wir müssen es uns versagen, auf den Inhalt der Unternehmer-Denkchrift näher einzugehen, er geht zur Genüge hervor aus dem Schreiben, das die freien und kirchlich-dunkelsternen Spitzenvereine als Gegenäußerung dazu dem Reichsstandler zur Verfügung gestellt haben. Es heißt darin:

„Der Reichsverband der deutschen Industrie hat, datiert vom 25. Mai 1923, der Reichsregierung ein Schreiben übermittelt, in dem er erklärt, in welchem Umfange und in welcher Form er die Finanzierung der industriellen Wirtschaft als Garantie für den Anteilendienst möglich und angängig erachtet. Die unterzeichneten Gewerkschaften sind nicht zu einer Keuzerung aufgeföhrt worden. Da es sich jedoch um eine Frage allerhöchster Bedeutung sowohl für das Reich wie auch für die deutsche Arbeitnehmerschaft handelt, besonders auch für den gewerkschaftlichen Abwehrkampf an der Muhe, sehen sich die unterzeichneten Gewerkschaften veranlaßt, Ihnen, Herr Reichsstandler, ihre Meinung zu unterbreiten.“

Wir erkennen an, daß die Stellungnahme der Industrie endlich die grundsätzliche Zustimmung zum Gedanken der Sachverfassung bringt. Diese Zustimmung wird aber nahezu wirkungslos durch die außenpolitischen und innenpolitischen Voraussetzungen, die die Industrie daran knüpft. Auf die außenpolitischen Voraussetzungen verweisen wir uns aus naheliegenden Gründen gegenwärtig einzugehen. Die innenpolitischen Voraussetzungen scheinen uns das Verhältnis der Wirtschaft zum Staat völlig zu verkehren. Die Industrie versucht hier mit dem Staate als unabhängige Macht zu verhandeln und stellt Forderungen, wo es sich darum handelt, Bürgerpflichten gegen den Staat zu erfüllen. Die Haltung der Industrie läßt den Schluß zu, daß sie das Gesamtproblem der Reparation über den Staat hinweg von Industrie zu Industrie lösen will. Die Staatsautorität müßte unerkennbar geschwächt werden, wenn die Reichsregierung sich auf Bedingungen des Reichsverbandes einließ.

Die Sachverfassung kann nur auf dem Wege der gesetzlichen Regelung verwirklicht werden. Die Verwirklichung dieses Weges wird die uneingeschränkte Unterbreitung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft finden. Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten. Das heißt, es würde lediglich Profitstreben der Antriebsmotor der Wirtschaft sein und gemeinwirtschaftliches Denken vollständig erlöset werden. Es ist für uns unmöglich, über die Preisgabe des Achtstundentages, Aufhebung aller Entlassungsbeschränkungen und anderen in dieser

### Bundesmitglieder!

Die jetzige Zeit der Not erfordert erst recht eifriges Werben für den Deutschen Bauergewerksbund. Je eniger und geschlossener die Bauarbeiterschaft aller Berufe in ihrem Bunde zusammensteht, um so leichter werden sie den Druck der auf sie mit ganzer Schwere lastenden Wirtschaftsnöte überwinden. Die Bauarbeiterschaft fordert,

- daß Reich, Staaten und Gemeinden alles aufbieten, den Wohnungsbau zu fördern, damit die vielen Arbeitslosen des Baugewerbes wie zahlreicher anderer Berufe Arbeitsgelegenheit erhalten und die Wohnungsnot beseitigt werde;
- daß die Löhne den Teuerungsverhältnissen endlich in vollem Maße angepasst werden, damit die Bauarbeiter und ihre Angehörigen nicht mehr zu hungern brauchen, damit sie sich wieder ordentlich kleiden und sonst beschaffen können, was ihrem Hauswesen schon seit langem fehlt.

Diese Forderungen kann die Arbeiter-schaft nur durch die Macht ihrer Gewerkschaft verwirklichen. Bauarbeiter, tragt dazu bei, diese Macht zu schaffen durch unermüdete Werbearbeit für den Deutschen Bauergewerksbund.

Nichtung erhobenen Forderungen des Reichsverbandes zu verhandeln.

Das Verlangen, die Reichs- und Staatsbetriebe auf die Höhe der vollen Leistungsfähigkeit zu bringen, ist eine alte Forderung der Gewerkschaften und wird daher von uns unterstützt. Es darf aber kein Zweifel daran bestehen, daß für die unterzeichneten Spitzenverbände eine Privatisierung dieser Betriebe ausgeschlossen ist.

Aus diesem Verlangen der Industrie ergibt sich schließlich ihr Verzicht auf die bisherige Forderung, daß namentlich Reichsbahn und Post unter Außerachtlassung ihrer eigenen Rentabilität die Interessen der Privatwirtschaft berücksichtigen müssen. Auch das stellen wir fest. Selbst bei der Verwirklichung jenes Verlangens der Industrie dürfte die Erzielung der von ihr angemessenen Ertragsziele der Reichs- und Staatsbetriebe für absehbare Zeit nicht möglich sein. Zudem geht dieser Uebersehung der Leistungsfähigkeit der Reichs- und Staatsbetriebe als Hilfsbetriebe der Wirtschaft eine auffallende Untererschätzung der Leistungsfähigkeit der gesamten privaten deutschen Wirtschaft parallel.

Das Schreiben der Industrie läßt erkennen, daß sie den Blick vornehmlich auf die Schonung der Privatwirtschaft und des Privatvermögens richtet und daß sie unberücksichtigt läßt, daß die Erhaltung dieses Besitzes von der Erhaltung des Staates und seiner Wirt-

schaft abhängt. Nur so erklärt sich die Haltung der Industrie, die den Eindruck erweckt, als ob sie dem Reiche Bedingungen auferlegen könnte. Eine Herausforderung aber ist das Verlangen, daß „Regierung und Volk sich zu derartigen Grundfäden“ sowie zu deren „sofortigen Verwirklichung“ bekennen sollen.

Wir vermessen in dem Schreiben des Reichsverbandes den Willen zu ausreichender Steuerleistung. Er wäre um so nötiger, als die Arbeitnehmerschaft es nicht verstehen kann, daß sie bei der Besteuerung mit dem vollen Geldwerte erfasst wird, während Industrie, Handel und Landwirtschaft infolge der Geldentwertung nach wie vor nur geringe Bruchteile der vom Gesetzgeber beabsichtigten Steuerleistung aufbringen. Wir empfinden es als unerträglich, daß die Industrie ihre wirtschaftliche Macht durch Stellung von Bedingungen bei Erfüllung von Staatsnotwendigkeiten auszunutzen sucht. Die Volkstreue, die hinter den von den unterzeichneten Spitzenverbänden vertretenen Gewerkschaften stehen, erklären mit aller Deutlichkeit, daß sie von Regierung und Reichstag eine Verteilung der Reparationslasten erwarten, die vor allem die großen funbierten und unfundierten Vermögen zur Deckung heranzieht.“

In einer Anlage zu diesem Schreiben wird die Stellungnahme der Spitzenvereine zu dem „Angebot“ der Industrie im einzelnen erörtert. Als geradezu unverständlich wird es bezeichnet, wenn die Industrie fordert, daß die Betriebe einen ungeheuren Betrag zur Abgeltung der Reparationslasten aufbringen sollen, während die Leistungsfähigkeit der gesamten deutschen Wirtschaft auf höchstens 500 Goldmillionen geschätzt wird. Die grundsätzliche Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung sei unmöglich, eine sofortige Aufhebung der Demobilisierungsbeschränkungen unerträglich. Im Zusammenhange wird über die Forderungen der Industrie gesagt:

„Die Voraussetzungen befragen nichts anderes als: staatlicher Zwang auf die Arbeitnehmer zur vollen Einsetzung der Arbeitskraft für quantitative und qualitative Steigerung der Produktion durch gesetzliche Verpflichtung zu mehr als achtstündiger Tagesarbeit, unterteilt durch unbeschränktes Entlassungsrecht der Arbeitgeber. Es bedeutet ferner die Abwälzung des dem Werk aufzuerlegenden Teiles der Reparationslasten auf die Arbeitnehmer, die dann durch Mehrarbeit und Hunger die Verzinsung der dem Ausland geschuldeten Milliarden aufzubringen hätten. Mit dem Versuch der Durchführung einer solchen Forderung müßten unabsehbare soziale und wirtschaftliche Kämpfe entbrennen. Denn die Gewerkschaften könnten eine solche Entredung der Arbeitnehmer niemals dulden!“

Die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten ist schon heute um ein ganz beträchtliches unter den früheren Lebensstandards gesunken und bewegt sich mit wenigen Ausnahmen an der Grenze der nackten Existenznot. Dieser Zustand ist untragbar aus innenpolitischen, wie auch aus außenpolitischen Gründen! Auch das Ausland kann es auf die Dauer nicht ertragen, daß im Herzen Europas ein 60-Millionen-Volk mit einer so tief stehenden Lebenshaltung seine Waren auf den Weltmarkt wirft.

Die deutschen Arbeiter müssen wieder zu einer Lebenshaltung gelangen, die mindestens den durchschnittlichen Stande in den Industrieländern Europas entspricht. Nicht nur auf dem Währungsbumpe, sondern auch auf diesem gesunkenen Lebensstand der deutschen Arbeiter beruhen größtenteils in der Nachkriegszeit die Exportgewinne der deutschen Industrie.

Die Arbeitnehmer sind nicht gewillt, durch Beseitigung des Achtstundentages und noch weitere Herabdrückung ihrer Lebenslage die Reparationslasten zu tragen. Sie haben den Achtstundentag, ihn werden sie sich zu erhalten wissen. Im Zusammenfassend erklären wir, daß in dem Schreiben des Reichsverbandes die Grundlage für die Lösung des Gesamtproblems der Reparation nicht gegeben ist.

An einer gesunden Lösung des Reparationsproblems mitzuwirken, betrachten die unterzeichneten Gewerkschaften auch weiterhin als ihre Aufgabe.“

Das Schreiben ist unferes Trachtens sehr maßvoll gehalten. Wir erklären, daß eine Art „Sachverfassung“, wie sie der Reichsverband vorschlägt, nichts anderes ist als ein neuer, großangelegter Raubzug auf die Arbeits- und Wirtschaftskraft der deutschen Arbeitnehmerschaft. Wir machen auf die Folgen aufmerksam, die sich ergeben müßten, wenn die Zwangsverteilung auch in der Wirtschaftsbewirtschaftung aufgehoben werden sollte. Dann müßten die Arbeiter mehrere hunderttausend Mark monatlich nur für Miete opfern, die Folgen wären unübersehbar.

Millarden und aber Milliarden würden den Besitzenden zugehört. Unter solchen Umständen ist es unabweislich, daß Teile der christlich organisierten Arbeiterbewegung, soweit sie unter dem Einfluß der Richtung Stegerwald stehen, diese Denkschrift der deutschen Industrie begrüßen. Diese Kreise können unmöglich über die Tragweite der industriellen Forderungen aufgeklärt sein, sonst müßten sie einmütig zu dem Schreiben der freien und kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften an die Reichsregierung stehen und einmütig das maßlose Ansinnen der Unternehmer zurückweisen! Aber hofft man im Falle der Erfüllung solcher „bescheidenen“ Unternehmerwünsche auf eine entsprechende wirtschaftliche Besserstellung der deutschen Arbeitnehmererschaft? Das wäre vollkommen verfehlt. Vor allem verfehlt unter der derzeitigen Regierung, die wohl für die „Nöte“ der Besitzenden stets ein offenes Ohr hat, sich aber um die Nöte der breiten Volksmassen herumwindet und das Streben des Unternehmertums, die Lebenslage der arbeitenden Massen herabzubringen, wenn irgend möglich, zu stillen sucht. Erinnert sei hier nur an die „Lohnpolitik“ der Reichsregierung im März dieses Jahres. Damals erklärte sie angesichts der eingetretenen „Marktstabilisierung“ Lohnrückstellungen für unzulässig, was eine feste Stützung der Unternehmerschaft bedeutete in ihrem Streben, die Arbeitelöhne auch dort möglichst niedrig zu halten, wo sie gegenüber den Lebenshaltungskosten stark im Rückstande geblieben waren. Die Folge war eine weitere Verelendung breiter Volksschichten. Jetzt wieder fügte sich die Reichsregierung berufen, in verhängnisvoller Weise in die Lohngestaltung einzugreifen; sie legte den Unternehmerverbänden nahe, die aus der Brotpreisrückbildung zu erwartende Verelendung durch entsprechende Lohnrückbildungen voll abzugucken. Wohlverstanden: Nur aus der Brotpreisrückbildung! Und dies, obwohl die letztere nur einen Bruchteil der ungeheuren Preissteigerungen der letzten Zeit darstellt! Erst den Bemühungen der Gewerkschaftsvertreter gelang es, das Reichsarbeitsministerium davon zu überzeugen, daß es angesichts der geradezu zum Zusammenbruch treibenden Preisrückbildungen auf allen Gebieten der Lebenshaltung mit der Abgeltung der Brotpreisrückbildung allein nicht sein Bewenden haben könne. Nun endlich empfiehlt auch die Regierung mit deutlicher Entschiedenheit die Anpassung der Löhne an die allgemeine Teuerung. Wir aber fragen: Verzuht eine solche wiederholte Kundgebung der Reichsregierung auf Weltfremdheit oder auf bewußter Begünstigung des Unternehmertums? Wir müssen das letztere annehmen. Dann aber sollten alle Arbeiter und Angehörigen sich darüber klar sein, daß von einer solchen Regierung und angesichts des Einflusses der Unternehmer auf die Reichsmachtmerie nicht zu erwarten ist, daß irgendeine „Abgeltung“ erfolgen würde, wenn die Arbeitererschaft, wie es in der Unternehmerdenkschrift verlangt wird, weitere schwere Rajten auf den so schon von Entbehrung schwergebeugten Rücken aufgebürdet erhält.

Nicht und ungewiß liegt Deutschlands Zukunft vor uns. Von ihr hat die deutsche Arbeitnehmererschaft nur ein leidlich erträgliches Leben zu erwarten, wenn sie einig und geschlossen dafür eintritt. Wir können nur wiederholen: Stärkt die Gewerkschaften, deren Stolz Kraft und Einigkeit! Sie sind in diesen verwirren Zeiten der einzige Schutzwall der arbeitenden Massen. Der Großmacht der Industrie kann nur mit der Großmacht der Gewerkschaftsorganisation begegnet werden. Verloßt Euch nur auf die eigene Kraft! Denn Feinde stehen ringsum. Sie sind bemüht, alle aus dem verheerenden Weltkriege und der verurteilten Nachkriegspolitik sich ergebenden Lasten und Beschwerden auf die arbeitenden Massen abzubürden. Wehrt Euch dagegen! Dies könnt Ihr nur durch starke Gewerkschaften!

### Das Gebot der Stunde.

Die neue unerhörte Dollarsteigerung bietet wieder für alle Sachverständiger unerlöste Berechnungsmöglichkeiten. Auf der andern Seite bedeutet sie verärfertes Geld für alle Hand- und Kopfarbeiter, für Sozial- und Kleinrentner. Es erscheint ausgeschlossen, daß der Arbeitentgelt und die Sozialrente der mit dem neuen Marktzug einsehenden starken Teuerungswelle auch nur annähernd folgt. Nach der „Frankfurter Zeitung“, deren Zunderberechnungen wir für die zuverlässigsten halten, stellte sich Anfang Juni im Großhandel der Durchschnittspreis von 98 Waren auf den 14fachen Wert gegenüber dem Stande vom 1. April. Die Lebensmittel weisen den 12,5fachen Wert gegenüber dem Stande vom 1. April auf. Die Lebensmittel und Leder gar den 27,6fachen Wert gegenüber dem Stande vom 1. April. Damit stehen diese Preise weit über dem Dollar, der Anfang Juni erst auf den 18,5fachen Stand gelangt war. Und noch überdies: Das sind Großhandelspreise! Die Kleinhandelspreise stellen sich bei weitem höher.

Gibt es nun eine wirtschaftliche Berechtigung für solche ungeheuerlichen Preissteigerungen, vor allem auf dem Lebensmittelmarkt? Sind etwa die Löhne der Landarbeiter wie der übrigen Lebensmittelarbeiter in der letzten Woche gestiegen? Sind die übrigen Löhne der Landwirtschaft wie der Lebensmittelindustrie auch nur annähernd in einem Verhältnis gestiegen, daß sie zu solchen fimmelnden Wucherpreisen berechtigen? Die geradezu phantastischen Gewinne der Landwirtschaft, des Groß- und Kleinhandels, der Schmeer- und Fertiginindustrie müssen unweigerlich zum Zusammenbruch führen.

Wieder das alte Spiel: Der Dollar Kettler, die Lebensmittelpreise noch mehr. Sinkt dann der Dollar, so hält die Preissteigerung noch lange nicht auf. Somit für den endlichen zum Stillstand, so jetzt sofort nach erneutem Steigen des Dollars auch wieder Preissteigerungen ein. Bei Wiederkehr dieser Zeiten ist der Dollar schon wieder auf 62 000 gestiegen. Das hat aber keinerlei Einfluß auf die Preise. Immer höher — bis wieder eine kleine Pause eintritt. Die auf diese Weise ergatteten Wuchergewinne bedeuten für die Arbeiter immer neues Geld, eine immer größere Einschränkung des Lebensbedarfs, die schon gar nicht mehr überboten werden kann.

Es droht der deutschen Volkswirtschaft der gängliche Zerfall. Wegen des Unnuzs und der Entwertung schlagen überall empör. Die Dämme der Vernunft drohen zu weichen. Gegen Hunger erweisen sich Worte als zu schwach.

Das ist verständlich. Es bedarf der Taten. Was tun? Eine Senkung der Preise scheint nicht möglich. Der Einfluß der Regierung auf die Währungspolitik ist zerbrochen. Die Wiederaufrichtung zwangswirtschaftlicher Schranken würde zu viel Zeit erfordern. Wir trauen auch der Reichsregierung nicht zu, daß sie die hierzu nötige Entschlossenheit aufbringt. Sie sieht auch ruhig zu, wie die Kapitalisten mit Deutschlands Interessen Schindluder spielen und die deutsche Mark in den Dred treten. Nur ein Beispiel: Eine Cuyabener Behörde hatte von mehreren Firmen ein Angebot in Geßel gefordert. Unter den Angeboten befand sich auch eins von der Firma Hugo Stinnes Hamburg, das sich von den Angeboten der übrigen Firmen dadurch auszeichnete, daß es Bezahlung innerhalb 8 Tagen netto durch speienfreien Dollaraufschlag auf Reuzloß verlangte. Also erzt wird die Mark zum Geld der armen Leute gemacht — ein Vorgang, an dem die Sinneseute nicht Schuldlos sind — und dann läßt man sich selbst in Dollar bezahlen, während man seinen Arbeitern einen schlechten Papierlohn gibt. Das ist die „patriotische“ Firma Stinnes, deren Wiedereröffnung schwarzweißrot ist und noch kürzlich die Fische bei einer Nationalistenversammlung in Hamburg bedete.

Das sind die echten „Patrioten“. Stinnes ist nur der Typ, andere deutsche Geschäftsgrößen machen es ebenso, obwohl es „verboten“ ist, Bezahlung in ausländischen Devisen zu fordern. Für diese Teufeln hört eben der Patriotismus beim Gelbeule auf. Die aber schlechten sie Landesverräter, die sie nicht mehr für die schwarzweißrote Flagge begeistern. Doch das nur nebenbei. Das Beispiel

zeigt, daß die Kapitalisten ohne jede Gewissensbelastung nur nach dem Geschäft fragen. Die Regierung ist gleich von ihrem Fleische und saut tatenlos zu. Was bleibt nun als einziges Ausfallsmittel übrig? Die schlemmige Anpassung der Löhne, Gehälter, Sozialrenten, der Arbeitslosenunterstützung an die Teuerung! Schnell und umfassend! Der großen Masse ist es nicht mehr möglich, durch weitere Einschränkungen in der Lebenshaltung der Teuerung auszuweichen. Die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten ist längst beim Tiefstand angelangt. Deshalb her mit umfassenden und ausreichenden Lohn-erhöhungen! Das ist das Gebot der Stunde! Geschicht es nicht, dann flieht auch der letzte Rest noch vorhandener Vernunft zu den Gunden und der Zusammenbruch ist unvermeidlich. Deutschland steht auf einem Vulkan. Nur ein umfassender Ausgleich der Teuerung mit den Löhnen und Gehältern kann den Zusammenbruch noch aufhalten!

### Internationaler Baugildentag.

Im Anschluß an den 4. Baugildentag waren am 28. Mai in Hamburger Gewerkschaftshaus Vertreter aus Österreich, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, Deutschland, Holland, Palästina und Schweden versammelt zu einem Internationalen Baugildentag. Als Vertreter des Internationalen Arbeitsamts war Genosse Schlicke anwesend. In Abwesenheit des Vorsitzenden der Bauarbeiterinternationalen, Kollegen Paeplov, begrüßte der Sekretär der Bauarbeiterinternationalen, Kollege Kappeler, die Delegierten und Gäste. Aus Italien war keine Vertretung gekommen. Man hat die Gilden dort arbeitsunfähig gemacht, indem die Fasjisten alle Gewerkschaften einfach „übernommen“. Des Verahren ist einfach: Man läßt einen Kontrollleur, dieser läßt sich einige Tage in den Geschäftsräumen auf, prüft und „stellt dann fest“, daß die Geschäftsführung nicht in Ordnung sei. Darauf wird die Geschäftsführung entlassen, der Betrieb staatlich übernommen und dann den Fasjisten überlassen. So ist es auch den Baugilden Italiens ergangen. Jedoch ist es ihnen gelungen, ihre Kapitalien und das meiste ihres Eigentums vor der Weichnahme zu retten.

Den Bericht über den Stand der Organisation erstattete Dr. Wagner. In Wien wurde am 5. Oktober 1922 der Internationale Baugildentag gegründet und ein provisorischer Vorstand und Beirat gewählt. Das Sekretariat wurde provisorisch nach Deutschland verlegt, als ehrenamtlicher Sekretär Dr. Wagner eingewählt. Das Bureau wurde vom Deutschen Verband sozialer Baubetriebe eingerichtet und mit gelegentlichen Hilfskräften zu führen gesucht. Das ist heute nicht mehr möglich. Eine ständige Hilfskraft mußte eingestellt werden. Ein Archiv ist bereits angelegt, bedürfte jedoch der dauernden Ergänzung. Auch der Erfahrungsaustausch ist eingeleitet. Der Bericht über die Neorganisierung der englischen Baugilden gibt lehrreiche Einblicke in deren Niedergang. Beziehungen bestehen mit Holland, Italien, Luxemburg, der Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich. Mit dem Ukrainischen Genossenschaftsverband wird Verbindung gesucht. Die „Internationale Arbeiterhilfe“ läßt zur Internationalen Ausstellung nach Moskau ein; dem wird wegen des Rotenpunktes nicht entsprochen werden können. In Frankreich sind Baugilden im Entstehen begriffen. Das Sekretariat steht auch mit dem Internationalen Arbeitsamt in Verbindung; die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist zu dieser Tagung eingeladen, kann aber leider nicht abkommen. Unsere zukünftigen Aufgaben müssen sich erstrecken auf die Fortführung des Erfahrungsaustausches und die Pflege der Beziehungen. Der Schlag, der die englischen Gilden be troffen, mußte genau studiert werden. Der dadurch eingetretene pessimistische Stimmung sei entgegenzuwirken. Das Vermögen der Internationale beträgt zurzeit rund 2 Millionen Mark.

Nach kurzer Aussprache wird beschlossen, eine ständige Hilfskraft einzustellen. Dr. Wagner bleibt internationaler Sekretär, ebenso werden Vorstand und Beirat der Bau-

### „Maurer — 12 Dollar pro Tag!“

Die industrielle Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten hat auch die Bauwirtschaft in die Höhe gebracht. Regierungsaufträge und Private erteilen große Bauaufträge. Da die Einschränkung der Einwanderung Mangel an geübten Bauarbeitern — besonders italienische Bauarbeiter kommen in Frage — ist, sind die Löhne sehr in die Höhe gegangen und betragen bei manchen Bauten nicht weniger als 12 Dollar im Tag. Ein Lohn von 12 Dollar ist sehr hoch, auch wenn man ihn nicht in Papiermark umrechnet. (In Papiermark würde er heute eine Million betragen.) In dem Tagelohn von 12 Dollar knüpft die vorzügliche amerikanische Zeitschrift „The Nation“ die folgenden mit Vergnügen zu lesenden (etwas gekürzt wiedergegebenen) Betrachtungen:

„Zwölf Dollar pro Tag! 72 Dollar in der Woche, 3744 Dollar im Jahr. Wer hat schon etwas Derartiges gehört? Welcher Lehrer, welcher Professor kann solches verdienen? ... Die Städte können sich nicht ausbreiten, weil es an neuen Wohnungen fehlt, und diese Maurer monopolisieren den Markt! Sie halten fremde Maurer fern, schließen ihre Verbände aus, engte ab und beschließen, alle übrigen für den Schaden zahlen zu lassen. Welche Selbstjustiz, welche Habgier!“

Wir geben zu, es ist sehr schlimm, daß diese Maurer so gar nichts von der altrüchlichen Selbstlosigkeit der Standard-Bau-Gesellschaft, der Kohlenbarone, der Zuder-magnaten, der Bodenbesitzer, der Wollfabrikanten haben, die 30 % Dividende aussteilen und ihren Angestellten so großartige Gehälter zahlen, daß man von Streiks nichts erfährt; nicht öfter als alljährlich oder jedes zweite Jahr. Doch — rebellieren gegen die Gesellschaftsordnung, wie wir's nun einmal sind, müssen wir ein Gefühl sündhaften Vergnügens einzusetzen beim Lesen dieser Notiz. Zweifellos sind wir entartet und treulos gegen unsere wirtschaftliche Schulung; aber irgendwie, wenn wir daran denken,

wie viele Wochen der Maurer im Winter nichts verdient, wie er in langen Jahren des Tiefstandes der Bauwirtschaft froh ist, wenn er gelegentlich wochenweise Beschäftigung findet, wie groß die Unfallgefahr für ihn ist — gerinnt uns die Entrüstung über die 12 Dollar zuziehen den Finger-spißen. Zergewinde haben wir den heimlichen Wunsch, wir hätten Patric Higgins belauschen können, wenn er seiner Marx die ersten 12 Dollar brachte, die er in seinem Leben in acht Stunden verdient! Wir möchten werten, er fühlte sich als Rockefeller an diesem Tage und er seine Marx lägen auf dem Bett, nicht um Luxusräume zu spinnen, nein — sich auszumalen, wie viel leichter man nun die Kohle für den Winter zu zwanzig Dollar die Tonne (wenn man sie köchweise holen muß) kaufen könne, einen Anzug für den Jungen, neue Kleider für die Möbel, vielleicht einen kleinen Ausflug nach des Schwagers Farm machen, weil die Kinder (sonst doch nie einen grünen Grasbüschel zu sehen bekommen. Sicher haben sie das Ereignis auch gefeiert, vielleicht sogar von ihrem Freund, dem Gastwirt unten, der für seine Arbeit 12 Dollar in der Stunde erhält, ein Fläschchen erländen. Wir wissen — denn das ist einmal die Art solcher Leute, daß Patric heimlich einen Zweidollarstein in die Hand von Michels Frau verschwinden ließ — ihr Mann wurde vom Elevator erdrückt und ihre Nette reichte nicht weit bei acht Kindern. „Ihr seid ein guter Kerl“, sagt sie, „wir konnten nicht viel sparen in den langen Jahren, als der Lohn bloß zwei Dollar war. Ihr wißt, wie hart die Zeiten waren.“ Ja, Pat und sein Weib träumen sogar davon, den Jungen, den die Lehrer für gut befähigt halten, in die höhere Schule zu schicken. Dann — kommen die Rechnungen vom Krämer und Metzger, und die ganze Traumherrlichkeit ist zu Ende. Wie will ein Mann sieben Mäuler füttern und ihnen alles geben, was sie brauchen, mit 12 Dollar am Tag in heutiger Zeit?

Seidenhemden und Seidenstrümpfe? Wir sehen sie gern auch einmal an solchen, die sie nie zuvor besaßen.

Wer hat das alleinige Recht, seidene Socken zu tragen? Wo steht's geschrieben, daß es ein Verbrechen sei, einmal im Leben ein bißchen Schönheit an sich zu tragen? Und wer hat das Gesetz erlassen, daß alle guten Erdendinge nur für ein kleines Pauschen Besorger existieren und daß Maurer niemals das Glück von 12 Dollar am Tag kennen lernen sollen?

### Fachtechnisches aus der Glaserei.

Reinigen Kartonnierter Bilder. Oft werden auf Karton aufgesetzene Bilder mit stark beschmutzten Rande zum Einrahmen gegeben. Derartige Flecken sind oft so eingetroffen, daß sie sich mittels Radiergummi nicht beseitigen lassen. In solchen Fällen kann man sich dadurch helfen, daß man den Karton mit feinstem, pulverisierten Wimmigen bestricht und mit einem sauren Seidenpapiere abwischt.

Entfernen von Schweißflecken aus Papierparous. Handgeschwätz und Fingerabdrücke entfernt man am besten, indem man das Papierparout mit einem sauberen Schwamm und reinem Wasser abwäscht. Wenn nötig, so ist das Magnesiaverfahren zu empfehlen: 1. Gebrannte oder löstensaure Magnesia, mit Wasser zu einem Brei vermischt, wird mittels Pinsels auf die Flecken aufgetragen. Nach dem Trocknen wird die Masse mit einem Messer entfernt und die Fläche mit einer weichen Bürste nachgebürstet. Sind die Flecken noch nicht verschwunden, so wiederholt man das Verfahren. — 2. Bei einem andern Verfahren wird Magnesia mit Benzin vermischt — wegen der Feuergefährlichkeit natürlich mit der gebotenen Vorsicht —, bis eine krümelige Masse entsteht. Mit dieser Masse wird der Fleck bedeckt und bleibt dann einige Zeit fest beschmutzt stehen. Darauf werden die Magnesiaflocken weggespült. Frische Flecken verschwinden sofort, alte nach zwei- oder dreimaliger Behandlung. Mit Wasser angefeuchteter Tonbrei leistet in solchen Fällen ebenfalls gute Dienste.

gibt internationale einmütig bestätigt, der Sitz des Sekretariats verbleibt gleichfalls in Deutschland. ...

Hierauf erfolgt ein kurzer Bericht aus den einzelnen Ländern. Aus Schweden wird über die Gründung mehrerer Bauhütten berichtet; die Fachvereine (Gewerkschaften) sollen dazu Anteile zeichnen. ...

Ueber Maßnahmen zur internationalen Zusammenfassung der Baugilden" führte Kappeler aus, daß ein zentrales Kreditinstitut gewünscht werde. Dies sei zur Zeit nicht durchführbar. ...

Armer Deutscher!

Unter dieser Ueberschrift gab vor einiger Zeit die volksparteiliche "Zeit" eine Zusammenstellung wieder, die der "Westminster Gazette" entnommen ist und die eine Gegenüberstellung enthält über die Zeit, die ein Engländer und ein Deutscher aufwenden müssen, um gewisse Lebensnotwendigkeiten zu erwerben. ...

Table with 2 columns: Item, Deutsche Arbeiter, Englische Arbeiter. Rows include Margarine, Feinmehl, rationiertes Brot, Mischfleisch, Margarine, Paar Schokolade, Stück Seife.

Dazu bemerkt die "Zeit", daß die Preise, die dieser Gegenüberstellung zugrunde liegen, durch die Teuerung des letzten Vierteljahres bereits weit überholt sind. ...

Kommunistische Verleumdung angeprangert!

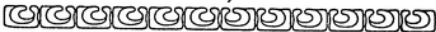
Sin und wieder muß eine kommunistische Verleumdung und lügenhafte angeprangert werden, um das revolutionäre Vorgehen nicht zu hoch aufladern zu lassen. ...

"Grundstein"-Verband.

Die Vorstände der größeren Baugewerkschaften, namentlich in den Großstädten, werden ersucht, von ihrem Postamt ein postmäßiges Straßenverzeichnis für den Geltungsbereich ihres Vereinsgebietes zu kaufen und dem Bundesvorstande einzusenden, ...

Gleichzeitig sei hiermit an die im Mai-Merkblatt erbetene Einsendung der "Grundstein"-Empfängerlisten hingewiesen. Außer Namen, Wohnort und Wohnung des Empfängers müssen diese Listen auch die postmäßige Bezeichnung des Bezirkes für die Zeitungszustellung enthalten. ...

Bei allen Um- und Neubestellungen von "Grundstein" bedarf es mit der Orts- und Wohnungsangabe stets und unbedingt die postmäßige Bezeichnung des Zeitungszustellungsbezirkes mit anzugeben. Der Bundesvorstand.



gefordert wurde, die Angehörigen des Verbandes der Ausschlossenen zu entlassen und nicht mehr einzustellen. In der Verhandlung mußte der Zeuge zugeben, daß der Brief nicht von dem Baugewerksbund, sondern von Dr. Milenz, Geschäftsführer des Verbandes der Baugewerkschaften, herrührte. ...

Damit wäre dieser "revolutionäre" Schwundbessell erledigt. Nur fragen wir uns, ob Kollege Paepow nicht einen Fehler gemacht hat. ...

Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens auf Kosten der Arbeiter?

Zu dem in Nr. 18 des "Grundstein" aus den Gewerksverbänden Dresden und Leipzig veröffentlichten Bericht, überschrieben "Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens", möchte ich sagen, daß es doch ein starkes Stück wäre, wenn wir Arbeiter durch verurteilt sein sollten, die jetzt doch endlich zusammengebrochene Stützung der Markt allein zu fördern, ...

Zwar wird man es nicht bei all und jeder Gelegenheit zum Kampfe treiben, sondern auch Verzicht und Ueberlegen wollen lassen. Kampfmittel müssen jedoch unter allen Umständen beschafft werden. ...

Stundenlohn. Dagegen ist nach meiner Meinung viel gemindert worden. Viele Kollegen mögen während der guten Bautätigkeit des vorigen Jahres den vollen Stundenlohn nicht bezahlet haben, nicht immer aus eigener Schuld, sondern auch verschuldet durch die Verhältnisse; denn die Marken in den höheren Preislagen waren nicht immer rechtzeitig zu beschaffen. ...

Kollegen, wir müssen uns ernsthaft damit beschäftigen, ob wir nicht dazu übergehen sollen, 1 1/2 oder auch 2 Stundenlöhne als Wochenbezahlung zu opfern. Eine weitere sehr wichtige Bedingung für den Kampf ist das Vertrauen der Mitglieder zur Leitung und Gewerkschaft. ...

Gegen die Sünde der gewerkschaftlichen Gleichgültigkeit!

Einen Briefe des Kollegen Friedrich Wolff aus Gochsheim bei Götze entnehmen wir folgende beherzigenswerten Ausführungen: Wer nicht faßt, soll auch nicht ernten. ...

Wenn der Mensch in Not geratet, schilt er stets sein Mißgeschick; Doch die Fehler seiner Taten Uebersteht des Loren Witd.

Vom Rechte des Betriebsrats, Bekanntmachungen anzuschlagen.

Ueber das Recht der Betriebsräte (Baubesetzungen), in dem Betriebe Bekanntmachungen anzuschlagen, sind wiederholt Zweifel aufgetreten. ...

1. Der Betriebsrat hat das Recht, die zur Erfüllung seiner geschäftlichen Aufgaben notwendigen Bekanntmachungen an die Arbeitnehmer ohne Genehmigung des Arbeitgebers anzuschlagen. ...

2. Der Betriebsrat hat dem Arbeitgeber von seinen Bekanntmachungen rechtzeitig vor dem Anschlag durch Ueberlegung einer Abschrift Kenntnis zu geben, damit zur Vermeidung von Schwierigkeiten des Betriebs der Arbeitgeber die Möglichkeit zu Verhandlungen mit dem Betriebsrat über den Inhalt des Anschlags hat. ...

3. Damit der Betriebsrat in der Erfüllung seiner Aufgaben aus dem Betriebsratsgesetz, insbesondere aus § 66 Ziffer 3 und 6 WBG, nicht behindert wird, ist auch der Arbeitgeber als verpflichtet anzusehen, dem Betriebsrat von seinen Bekanntmachungen, soweit sie den Aufgabenkreis der Betriebsräte betreffen, rechtzeitig vor dem Anschlag durch Ueberlegung einer Abschrift Kenntnis zu geben. ...

4. Streitigkeiten sind nach §§ 93 und 103 WBG in Verbindung mit meinen Ausführungsbestimmungen vom 8. März 1920 zu § 103 WBG (S. 81. S. 82) zu entscheiden. ...

läufig bindend erklären können. Damit bleibt die durch die Ausführungsbestimmungen vom 8. März 1920 vorgegebene zweite Instanz bestehen, aber bis zu ihrer Entscheidung gilt die vorläufige bindende Entscheidung der ersten Instanz. Der Erlass macht der Betriebsvertretung das Recht, Befanntmachungen an schwarzen Brett anzuschlagen. Durch den vorherigen Austausch von Befanntmachungen zwischen Betriebsvertretung und Unternehmer soll die Möglichkeit erleichtert werden, Meinungsverschiedenheiten friedlich auszugleichen. Wird eine Einigung nicht erzielt, so sind Unternehmer wie Betriebsvertretung beauftragt, ihre Befanntmachungen anzuschlagen. Sie müssen dann den Gewerbeaufsichtsbeamten entscheiden lassen, ob die Befanntmachung zu Recht besteht oder zu entfernen ist. Der Unternehmer ist nicht berechtigt, Befanntmachungen der Betriebsvertretung zu entfernen. Die Befanntmachungen müssen sich allerdings in dem Rahmen halten, der der Betriebsvertretung für ihren Aufgabenkreis gesetzlich zugehört ist. Befanntmachungen des Unternehmers, die eine Dienstvorschrift und die Arbeitsordnung betreffen, unterliegen außerdem den §§ 75 und 80 WBO, während der vorstehend wiedergegebene Erlass gemäß § 36 WBO die Geschäftsführung regelt. Da die Richtlinien nur für Preußen gelten, so muß die Möglichkeit benutzt werden, dahin zu wirken, daß auch in den übrigen Teilen Deutschlands danach verfahren wird.

**Können Baudelegierte von der Belegschaft abgesetzt werden?**

Diese Frage hat das Berliner Gewerbegericht kürzlich im bejahenden Sinne entschieden. Aus den Urteilsgründen ergibt sich darüber folgendes: Der Kläger war auf einer Baustelle beim Belegten Baudelegierter. Im Februar 1923 ist er von der Belegschaft durch Mehrheitsbeschluß abberufen und darauf am 10. Februar vom Beklagten entlassen worden. Der Kläger hielt Überberufung und Entlassung für rechtsunwirksam und hat deshalb Weiterbeschäftigung und Lohn für die Zeit vom 19. Februar bis zum 1. März (98 750 M) verlangt. — Die beklagte Firma hat die Rechtsaufhebung des Klägers bestritten und Abweisung beantragt. Von ihr sonst geltend gemachte Entlassungsgründe werden vom Kläger bestritten. Das Gericht hat den Klageanspruch als nicht begründet erklärt und sagt in der Begründung seines Urteils weiter: Der Aufbau der Betriebsvertretungen der Bauarbeiter vollzieht sich nicht nach dem Betriebsratsgesetz, sondern gemäß § 62 des Reichsarbeitsgesetzes nach den besonderen Bestimmungen des Reichsarbeitsgesetzes für das Baugewerbe. Nach diesen Bestimmungen ist für die Nennung der Baudelegierten kein förmliches Verfahren; sie werden nur durch den Belegten auf unbestimmte Zeit ernannt. Die gleiche Formlosigkeit muß auch für die Abberufung von Delegierten gelten. Es genügt daher im vorliegenden Falle der Beschluß der Belegschaft, um den Kläger seines Amtes zu entheben, und es bedarf daher nicht des förmlichen Verfahrens vor dem Schlichtungsausschuß nach § 39 des Reichsarbeitsgesetzes, das zudem nur für den Fall besonderer Verhältnisse gegeben ist. War aber der Kläger bei der Entlassung nicht mehr Delegierter, so ist diese Entlassung ohne weiteres rechtmäßig. Folglich stehen dem Kläger die geltend gemachten Rückansprüche nicht mehr zu. Hiernach braucht auf die angeführten Entlassungsgründe nicht weiter eingegangen werden. Ebenjowenig auf die Frage, ob nicht in dem Abberufungsbeschluß der Belegschaft die Zustimmung zur Entlassung lag (die Zustimmung der Belegschaft kam in Frage, da ein ordnungsmäßiger, das heißt aus wenigstens 3 Personen bestehender Betriebsrat nicht bestand, vielmehr vom Kläger abgelesen, nur ein Delegierter von der 40 Mann starken Belegschaft bestellt war, der mit sich nur als Betriebsobmann gelten konnte). Dies Urteil, dessen formale Nichtigkeit nicht bestritten werden kann, zeigt wieder einmal, wie wenig die Arbeiterkraft das höchste Arbeitsrecht, das ihr gegenwärtig zusteht, manchmal für sich auszunutzen weiß. Weder das Recht aus dem Tarifvertrag, noch das aus dem Betriebsratsgesetz ist im vorliegenden Falle ausgenutzt worden. Die Belegschaft hat, benutzt oder unbenutzt, rein gewaltsam gehandelt. Vernunft und Ueberlegung müssen vollständig gefehlt haben. Wie ist es sonst möglich, daß bei einer Belegschaft von 40 Mann nur 2 Mann als Betriebsvertretung da waren. 30 Mann hätten es nach dem Tarifvertrage und nach dem Betriebsratsgesetz sein müssen. Weiter ist der Grundlag, daß dem Unternehmer die Namen der Baudelegierten, als rechtmäßige Betriebsvertretung, mitgeteilt werden müssen, nicht beachtet worden. Wären beide diesen zunächstliegenden einfachen Vorschriften eingehalten worden, so hätte ein solches Urteil nicht gefaßt werden können. Ist es der Belegschaft eines Betriebes erstlich um eine Betriebsvertretung zu tun, dann muß sie sich auch ihrer Pflichten der Betriebsvertretung, den Baudelegierten, gegenüber bewußt sein und alles aufwenden, was zum Schutz der Betriebsvertretung dient.

Aberndt sich nur das Verhältnis zwischen Belegschaft und Betriebsvertretung, was ja nur vorzukommen kann, wenn ein Baudelegierter, anstatt für die Arbeiter tätig zu sein, die Tätigkeit für den Unternehmer in den Vordergrund schiebt, oder sich eine unehrenhafte Handlung zuschulden kommen läßt, wenn der Baudelegierte aus solchen Gründen das Vertrauen seiner Kollegen nicht mehr besitzt, dann muß er seinen Posten niederlegen oder im Weigerungsfall von der Belegschaft abgesetzt werden können. Dies war bei der Beratung des Betriebsratsgesetzes im Reichstage auch die Absicht unserer Vertreter, die mit ihrer Auffassung aber nicht durchdrangen. Der Gesetzgeber hat vielmehr klar zum Ausdruck gebracht, daß der Betriebsrat nicht das Objekt von Launen und wandelbaren Auffassungen seiner Kollegen sein soll. Im § 39 des Betriebsratsgesetzes ist zweifelsfrei festgelegt, daß der Unternehmer oder mindestens ein Viertel der wahlberechtigten Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuß anzurufen müssen, wenn sich der Betriebsrat eine geschliche Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten hat zuschulden kommen lassen. Ein Abberufungsrecht hat der Gesetzgeber mit voller Absicht den Unternehmern, aber auch den Arbeitnehmern nicht geben wollen. Dieser Schutz des Bau-

delegierten vor den eigenen Kollegen ist manchmal bedauerlicherweise notwendig, und zwar dann, wenn die Belegschaft aus Pflichtvergessenheit oder parteipolitischen Ursachen des Baudelegierten plötzlich überdrüssig wird, man also rein gewaltsam handelt.

Der Schutz des Baudelegierten ist dringendes Gebot für alle Bauarbeiter. Sollen die Tüchtigsten auf der Baustelle für die Tätigkeit des Baudelegierten gewonnen, das Amt nicht pflichtvergessen und wortförmlich überantwortet werden, dann besteht die Pflicht, auch wenn politische Meinungsverschiedenheiten bestehen, doch den Tüchtigsten an diese Stelle zu bringen und ihm in seinem Amte jede Unterstützung zu gewähren. Geschieht das, dann sind solche Urteile, wie eingangs erwähnt, unmöglich. Dann wird das „formlose Ernennen und Abberufen“, wie juristische Spitzfindigkeit das vereinfachte Verfahren bei der Bestellung der Baudelegierten nennt, nicht mehr den Stein des Anstoßes geben. Dann ist trotz oder gerade wegen der Einfachheit des Wahlverfahrens nach dem Tarifvertrag auch den viel umständlicheren Vorschriften des Betriebsratsgesetzes Genüge getan. Dann genießen auch die Baudelegierten den Schutz des Betriebsratsgesetzes, wie es klar im Reichsarbeitsvertrag ausgesprochen ist.

Dies Urteil beweist erneut, daß auch die Baudelegierten noch viel mehr als bisher sich mit ihren Rechten und Pflichten vertraut machen müssen. Die neu vom Bundesvorstand herausgegebenen „Richtlinien für Baudelegierte“ sind eine wertvolle Handhabe für den Baudelegierten. Gandelte er nach den darin aufgestellten Grundregeln, dann werden solche, dem natürlichen Menschenverstand widersprechende Urteile nicht mehr möglich sein. Läßt sich die Belegschaft einer Baustelle oder irgendeinem Betriebe in Fragen des Arbeitsrechts stets von Vernunft und Ueberlegung leiten, dann wird das bestehende Recht nicht nur erhalten, dann wird es auch durchgesetzt werden können, und aller juristischen Auslegungssunft ist damit von vornherein die Grundlage genommen.

**Elfter Verbandstag der Steinfeher, Pflasterer und Berufsgenossen.**

Der Verbandstag tagte vom 21. bis 25. Mai in Gera. Zur Verhandlung standen außer den üblichen Berichten und geschäftlichen Angelegenheiten auch die besonders wichtige Frage des Anschlusses an den Baugewerksbund oder an den Steinarbeiterverband. An dem Verbandstage nahmen teil 26 Vertreter der Mitglieder, der Vorstand, der Vorsitzende des Verbandsausschusses, die Bezirksleiter des Verbandes und als Gäste der Vertreter des holländischen Steinfeherverbandes, R. Schoonderwoerd, Rotterdam, Alex Knoll, Ehrenvorsitzender des deutschen Steinfeherverbandes als Vertreter des WBOB, Ernst Winkler, Vorsitzender des Steinarbeiterverbandes, Schmidl, Vorsitzender des Ortsausschusses des WBOB, und vom Deutschen Baugewerksbund die Kollegen Moritz, Gera, und Otto, Samburg.

Nach den Begrüßungsansprachen wurde die Leitung des Verbandstages und die üblichen Kommissionen gewählt. Darauf gab der Verbandsvorsitzende Paul Schenck seinen Vorstandsbereich. Aus dem Bericht hervorg, daß es den Steinfehern und Pflasterern mit ihrer Berufstätigkeit zuzeit fast noch schlechter ergeht als ihren Kollegen aus den andern Berufen des Baugewerbes. In den letzten 8 Jahren sind die Straßen geratener worden und in schlimmem Verfall, aber da ihre Instandhaltungskosten meistens von Gemeinden oder Gemeindeverbänden getragen werden müssen und diese dauernd in Geldnot sind, so leiden die Steinfeher trotz der vielen notwendigen Arbeit unter großer Arbeitslosigkeit. Ferner sind aus den angeführten Gründen auch der Straßenbau stark beeinträchtigt worden. Man beschloß sich heute mit Schlußentscheidung, wo früher gepflastert werden mußte. Die Straßenentlastung wird ebenfalls eingeschränkt. Die Straßenbahnen haben zum großen Teil in den Mittelstädten ihren Betrieb eingestellt. Eine allgemeine Umfrage ergab, daß zum Beispiel am 5. Juni 1920 jeder neunte Straßenbauarbeiter arbeitslos war. Vielfach gingen Steinfeher und Pflasterer in andere Berufe über; in manchen Landesteilen über 20 %. Die Arbeitslosigkeit betrug in den größeren Zweigvereinen 10 bis 100 %. Dabei wurde festgestellt, daß an vielen Orten Straßenbauarbeiten absichtlich zurückgehalten wurden, was man an einigen Stellen durch die hohen „Steinfeherlöhne“ zurückführen wollte. Es wurde ging weiter auf die Entlohnungen ein, die man mit dem Reichsarbeitsvertrage gemacht habe, wobei er das Tarifwesen des Verbandes zugleich im allgemeinen erörterte. Besonders erwähnte er die vertraglich festgelegte Wofffahrtsberechtigung. Die Entlohnung der Böden im Steinfehergewerbe entspricht im allgemeinen der im Baugewerbe.

Das im Jahre 1904 gegründete internationale Sekretariat der am Straßenbau beschäftigten Arbeiter hat zu bestehen aufgehört — ein Kriegsoffer. Soweit bekannt, bestehen nur noch in Deutschland, Belgien und Holland selbständige Steinfeherverbände.

Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug Ende 1919 in 207 Zweigvereinen 11 830, Ende 1920 in 307 Zweigvereinen 11 194, Ende 1921 in 314 Zweigvereinen 10 123, Ende 1922 in 320 Zweigvereinen 10 528. Trotz des Arbeitsmangels hat sich demnach die Mitgliedschaft gut gehalten.

Für den Verbandsausschuß berichtete dessen Vorsitzender Dietrich, Dresden. Seine Ausführungen waren hauptsächlich einigen Beschwerdefällen gewidmet. Den Rassenberichtig gab Scholz, Berlin. Im Jahresberichts 1922 hatte der Verband ein Vermögen von rund 5 Millionen Mark, das sich jedoch kurz vor dem Verbandstage auf rund 27 Millionen Mark erhöhte.

Dann gab Linke den Bericht der Redaktion, in dem er besonders auf die Ursachen hinwies, die wie bei allen Wätern auch bei der „Allgemeinen Steinfeher-Zeitung“ zur Einschränkung geführt haben: Geldentwertung und hohe Papier- und Druckkosten. Redner ging dabei auch gleich auf einige Anträge ein, die sich mit dem besseren Ausgestaltung oder auch mit dem gänzligen Eingehen des Blattes befaßten.

In der am zweiten Verhandlungstage beginnenden Aussprache führte Spottke, Dresden, Beschwerde darüber, daß der Vorstand das Statut insoweit umging, als er eigenmächtig die Zahl der Mitglieder, auf die ein Delegierter ent-

fiel, erhöhte. Er vermehrte ferner die Erwähnung der Belegschaft des letzten Gewerkschaftstages. Anders, Neustolln, war mit der Politik der Gewerkschaften nicht zufrieden. Diese sei gleichbedeutend mit der der SPD. Der Betriebsratskongress und die Frankfurter Konferenz hätten befristet werden müssen. Altmann, Frankfurt a. M., hatte die gleichen Vorstellungen wie Spottke. Knoll stellte als Vertreter des WBOB, die Behauptungen von Anders richtig. Nicht die Gewerkschaften treiben SPD-Politik, sondern diese schließt sich in wirtschaftlichen Angelegenheiten den Gewerkschaften an. Wenn die SPD, so handelte, dann könne auch mit ihr ein angenehmeres Verhältnis bestehen. Redner ging dann auf die heutige politische und wirtschaftliche Lage ein. Die nachfolgenden Redner erklärten sich im allgemeinen mit der Tätigkeit des Verbandsvorstandes einverstanden. Ein Antrag, dem Vorstande Entlastung zu erteilen und ihm das Vertrauen zum Verbandstage auszusprechen, wurde bei einigen Stimmenhaltungen angenommen.

Beim Beginn des dritten Verhandlungstages beantragte Anders, Neustolln, den Redakteur des „Allgemeinen Bauarbeiter“ aus Chemnitz zuzulassen. Der Antrag wurde abgelehnt. Schenck sprach dann über die Verjüngung. Er berichtete über die Verhandlungen mit dem Deutschen Baugewerksbund und mit dem deutschen Steinarbeiterverband, machte jedoch zunächst keinen bestimmten Vorschlag. In der Aussprache kamen drei Meinungen zum Ausdruck: Anschluß an den Baugewerksbund, Erhaltung der jetzigen Organisation und Anschluß an den Steinarbeiterverband. Soweit dabei unser Bund in Betracht kam, wurden von den Gegnern des Anschlusses über unsern Bund so viele irrtümliche Ansichten und Behauptungen vorgebracht, daß Kollege Ditzo das Wort nahm, um mitzuteilen, welche Rechte und Pflichten die Fachgruppen im Baugewerksbund haben und wie sich der Verkehr zwischen örtlichen Fachgruppen, Baugewerkschaft, Reichsfachgruppenobmann und Bundesvorstand abwickelt. Man solle nicht so sehr auf die Finanzen blicken, aber trotzdem nicht vergessen, daß es in einem großen Bunde leichter sei, stets die nötigen Kampfmittel für eine ganze Gruppe bereit zu halten, als in einem kleinen Verbande, selbst bei größter Opferwilligkeit der Mitglieder. Winkler erklärte die Stellung des Steinarbeiterverbandes zur Verjüngung. Er beklagte sich darüber, daß an einigen Orten die Vertreter des Baugewerksbundes unter den Steinarbeitern agitieren. Der Steinarbeiterverband erstrecke zunächst die Zusammenfassung verwandter Berufe und dann die Erweiterung der Rekrutierung des WBOB. Linke, Redakteur der „Allgemeinen Steinfeherzeitung“, sprach aus, daß die Verhältnisse tatsächlich zur Verjüngung drängen. Er halte den Anschluß an den Steinarbeiterverband für das zweckmäßigste.

Beim Beginn des vierten Verhandlungstages leitete der Vorsitzende Schenck mit, daß er im Einvernehmen mit der Leitung des Verbandstages Vorschläge, nur über die Frage: Verjüngung oder Selbständigkeit? abzumitteln. Welche die Verjüngung befaßt, dann solle darüber, ob sich die Steinfeher dem Baugewerksbund oder dem Steinarbeiterverband anschließen wollen, durch Urabstimmung entschieden werden. Das Ergebnis war, daß sich die Mehrheit grundsätzlich für Verjüngung aussprach. Es soll nun noch einmal mit unserm Bundesvorstand und dem Vorstand des Steinarbeiterverbandes über die Bedingungen gesprochen werden. Diese werden dann den Zweigvereinen vor der Abstimmung mitgeteilt.

Der Rest der Tagung wurde ausgefüllt mit den Wahlen, wobei alle bisherigen Funktionäre wiedergewählt wurden, mit den notwendigen Änderungen der Satzung, den Abschiedsreden der Gäste und den Schlussworten der Leitung des Verbandstages. Im allgemeinen verlief die Tagung sehr sachlich und harmonisch. Man merkt den Steinfehern an, daß sie, obwohl an Zahl klein, doch eine gute, in sich festgesetzte Organisation haben.

**Wachtung! Postsendungen genügend freimachen!**

(Gewaltige Erhöhung der Postgebühren.)

Die ursprünglich für den 1. Juli in Aussicht genommene neuen Posttarife sind bereits überholt, ehe sie in Wirklichkeit traten. Die neue starke Entwertung der Mark hat den Reichsfinanzminister veranlaßt, eine weitere Erhöhung der Posttarife zu empfehlen. Der Reichsrechnerat beschloß sich am Dienstag mit dieser neuen Vorlage. Die darin vorgezeichneten Gebühren bauen sich auf einen Dollarstand von 22 000 auf. Das Porto für Briefe und Postkarten erhöht sich um 400 bis 500 %, für Pakete um 100 %, für Telegramme um 300 % und für Ferngespräche um 700 %. Es sollen Postkarten im Ortsverkehr 100 M, im Fernverkehr 200 M; Briefe bis 20 g im Ortsverkehr 200 M, im Fernverkehr 400 M, bis 100 g 300 oder 600 M; Drucksachen bis 25 g 100 M, bis 50 g 200 M, bis 100 g 300 M usw.; Telegramme: Wortgebühr im Ortsverkehr 125 M, Grundgebühr 250 M, im Fernverkehr 250 M oder 500 M; ein Ortsgespräch 210 M. Die neuen Sätze sollen am 1. Juli in Kraft treten.

**Arbeitsmarkt.**

Das Baugeschäft Carl Jäger & Sohn in Watzburg i. Schl., sucht für dauernde Arbeit einen Maurerpolier, der selbständig arbeiten kann, ebenso Maurer und einige Fassadenputzer.

**Aus den Bezirksverbänden**

**Bezirksverbände Leipzig und Dresden.**

In den Großstadtkreisen (Nr. 23 des „Grundstein“) sind die Löhne für Sadjen so niedrig angegeben. Der Stundenlohn betrug in der letzten Maiwoche: Bezirkslohn 2150 M, Großstadtkreise 50 M, Wertzeuglohn 1 1/2 %. Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter erhalten 4 % weniger. Im Chemnitz kommen noch 3 % zum Bezirkslohn nach dem Berliner Schiedsspruch, folglich Stundenlohn in Chemnitz für Maurer 2205 M, dazu die Wertzeugzulage; Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter 2170 M.

### Aus den Baugewerkschaften

**Chemnitz.** Nachschwächung und damit vergrößerte Not für die Arbeiterchaft, das ist die Wirkung aller Sonderorganisationen. Ist diese Sonderorganisation auf Rutschpolitik eingestellt, dann braucht sie den Hunger als Hilfsmittel für ihr arbeiterschädigendes Treiben. So die Mosstauer Gainstraßenvereinigung. Als im April der Abwehrkampf begonnen hatte, da war sie sofort bemüht, die Kampffront planmäßig durch Streikbruch zu zermürben; trotzdem munt sie immer noch den Revolutionären und wechelt zum Schein weitere Sperren, wovon im ganzen Lohngebiet 10 Unternehmer mit 13 Baustellen betroffen sind, die mit etwa 150 bis 180 Bauarbeitern besetzt werden könnten von insgesamt 6000 bis 7000 Bauarbeitern des Vereinsgebietes Chemnitz, Sophienstein, Gelenau, Clausnitz und Frankenberg. Diese Zahlen leugnen den Gainstraßenstreik zum Wenigen. Unsere Kollegen haben das allzu durchsichtige Manöver begriffen, das lediglich den Zweck verfolgt, sie von den Arbeitsstellen zu verdrängen. Aber unter den Gainstraßenmitgliedern herrscht wegen der Verleumdungstaktik ihrer Führer großer Unmut; denn das von diesen gebrauchte Hilfsmittel, der Hunger, wendet sich nun gegen ihre eigenen Mitglieder. Nicht vereinzelt, sondern zu Dutzenden treten Gainstraßenmitglieder zum Deutschen Baugewerksbund über. Dies ist der beste Beweis für die Nichtigkeit unserer Arbeit. Um die Chemnitzer Scharte auszuweihen, versuchen die Bundesgenossen, in der Nachbarstadt Graß zu gewinnen. Ihr Wild richtet sich auf die Baugewerkschaft Döhlenstein, wo sie, beunruhigt durch die Verhältnisse im Döhlensteiner Kohlengebiet, mit den Unionisten einig gehen. Die Mitglieder unserer Chemnitzer Baugewerkschaft haben am 28. Mai in einer gut besuchten, von bestem Geiste be-

feelten Versammlung zu den Vorgängen Stellung genommen. Das Ergebnis der Aussprache war folgende, gegen eine Stimme angenommene Entschliessung:

Die Versammlung stellt erneut fest: Für die Baugewerkschaft Chemnitz ist als Vertragspartei der Kampf beendet. Die am 12. Mai beschlossene Arbeitsaufnahme gilt für alle Unternehmer und Arbeitsstätten des gesamten Baugewerbes. Demnach ist es gleichgültig, ob die kommunistische Gainstraßenorganisation zur Wahrung ihrer Führer wilde Arbeitseinstellungen vornimmt oder nicht. Sie hat als verantwortungslose Rutschkolonne, als Truppe planmäßigen Streikbruchs und daher bar aller gewerkschaftlichen Grundzüge keinen Anspruch auf Beachtung ihrer Maßnahmen. Die Versammlung erklärt, daß sie unbeeinträchtigt durch den Terror der Gainstraßenleute mit größter Entschlossenheit an den bisher eingegangenen Grundzügen festhalten und nach Kräften für die Stärkung des Baugewerksbundes wirken werden.

Unsere Baugewerkschaft Chemnitz ist nach schwerer Zeit wieder ein festes Bollwerk gegen Unternehmerrübermut und Arbeiterschädlinge geworden. Nimmt man den Ton im Streite als Maßstab geistiger Einstellung, dann muß schon gesagt werden, daß die Unternehmer und die Gainstraßenleute viel Verwandtes miteinander haben. Anders ist die Art, die der Synodus der vereinigten Bauarbeiterverbände in Chemnitz, Herr Dr. Dammann, an die Arbeiterorganisation zu schreiben beliebt, nicht zu erklären. Sollte der Umgang mit der Gainstraße so stark abgefaßt haben? Zum Teil wird dies allerdings durch eine Nervosität zu erklären sein, entsprungen aus den jüngsten Chemnitzer Kriminalkommissionen. (Ein Trupp Gainstraßler führte bekanntlich am 14. Mai das Unternehmerrübermutsbureau und schlepte den Vorsitzenden des Arbeiterverbandes sowie 2 weitere Unternehmer mißhandelnd durch die Straßen.) Unsere Baugewerkschaft wird gegenüber den Anmaßungen von rechts oder links

an den Pflichten als Vertragspartei festhalten und Angriffe beider Seiten nach althergebrachten gewerkschaftlichen Grundzügen und mit der ganzen Macht des Baugewerksbundes abzuwehren wissen.

**Bezirk Waldenburg i. Schl.** Nach einem zehntägigen Streit ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Schon lange hatten die Waldenburger gerüht, um den Unternehmern zu geeigneter Zeit heimzuzugeln, was sie den Arbeitern den ganzen Winter hindurch angetan hatten. Jede Lohnzulage, vom Bezirkslohnamt und vom Schlichtungsausschuß festgelegt, wurde von ihnen beherlich abgelehnt. Wochenlang mußten die Bauarbeiter warten, bis die Rechtsverbindlichkeit eines Spruches ausgeprochen war. Eine vom Bezirkslohnamt für den Monat April bewilligte Zulage von 5 % wurde nicht ausgezahlt; mit der Maizulage von 20 % ging es ebenso. Damit ging die Geduld der Bauarbeiter zu Ende. Einigkeit und Geschlossenheit, vom Lehrling bis zum Bau- und Werkmeister, führte in zehn Tagen zum Erfolg. 35 % wurden für die Probung zugebilligt, Waldenburg erhielt 45 % in besonderer Behandlung. Ferner konnte ein Teil des Lohngebietes II, der bisher mit den Löhnen etwa 100 M niedriger stand, dem Lohngebiet I einverleibt werden. Die Lehrlingslöhne wollten die Unternehmer mit Gewalt abbauen. Dies konnte nicht nur verhindert werden, es wurde festgelegt, daß die Lehrlingslöhne verhältnismäßig mit dem Gesellenlohn steigen. Die Tiefbauarbeiter, die das erste Mal mit im Streit standen, erzielten einen guten Erfolg. Die Spannung mit dem Hilfsarbeiterlohn konnte auf den selben Satz von 10 M verringert werden. Die Löhne betragen nunmehr vom 1. bis 15. Juni: Für Maurer 2402 M, für Hilfsarbeiter 2300 M, für Tiefbauarbeiter 2290 M, Lehrlinge im ersten Jahre 492 M, im zweiten Jahre 863 M, im dritten Jahre 1230 M, im vierten Jahre 1477 M. Noch wird uns mancher Kampf bevorstehen. Sorgen wir dafür, daß wir jederzeit gerüstet sind.

## Aus den Fachgruppen

### Feuerungsz- und Schornsteinmaurer.

**21. Lohnfestsetzung zum Reichslohn- und arbeits-tarifvertrag für feuerungstechnische Arbeiter.**

Gültig vom Beginn der neuen Lohnwoche, in die der 2. Juni 1923 fällt.

Gemäß V. B. 3 des Reichslohn- und -arbeits-tarifvertrages für feuerungstechnische Arbeiter vom 8. März 1922 werden folgende Lohnsätze festgelegt:

1. Von der Lohnwoche, in die der 2. Juni fällt, wird der Grundlohn für Norddeutschland auf 2470,71 M für Süddeutschland auf 2158,80 M festgesetzt. Danach stellen sich die zu zahlenden Stundenlöhne einschließlich Gehaltsgeld wie folgt:

	Norddeutschland	Süddeutschland
Feuerungsmaurer	2718,- M	2375,- M
Schornsteinmaurer	3088,- "	2699,- "
Schornsteinmaler, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind	3014,- "	2634,- "
Feuerungshelfer	2594,- "	2267,- "
Schornsteinbelfer	2841,- "	2488,- "

2. Die Neiseitanzählung wird vom 2. Juni an wie folgt berechnet:

Hilfsergeb.	2718,-	2375,-
Stellenergeb.	141,50	130,-

Der Lohn der Feuerungsmaurer soll an den einzelnen Bauorten mindestens 5 %, der Lohn der Schornsteinmaurer mindestens 10 % über dem Hochbaumaurerlohn stehen. Besser erhalten in diesem Fall Hochbaumaurerlohn. Die Lohnsätze werden laut Uebereinkunft abgerundet. Grundsteine einer Mauer unter 50 S werden gestrichen, 50 S und darüber für volle Mauer gerechnet.

### Gips- und Stuckateure.

**Berlin.** (Stud- und Gipsbaugruppe.) Eine stark besuchte Mitgliederversammlung nahm am 24. Mai zu dem neuen Tarifvertrage Stellung. Besonders wurde auf die Neueinrichtung der Betriebsvertretung hingewiesen und empfohlen, die Wahlen vor der Allgemeinverbindlichkeitsklärung vorzunehmen, da die Unternehmer sich bereits damit einverstanden erklärt haben. Starke Unwillen rief unberechtigte Ueberstundenarbeit einer Anzahl Kollegen hervor. Bei den Firmen Junkersdorf, Meißner und Danzig wurde am meisten gekündigt; denn in den Filialbetriebsarbeiten arbeitete man Tag und Nacht. Um Arbeitsnachweis haben sich einige Kollegen von Unternehmern zu besonderen Arbeiten anfordern lassen. Diese Arbeiten werden aber nachher gar nicht gemacht. Das ist ein arger Mißbrauch. Beschlossen wurde, den Kollegen Max Körner, Georg Hofius, Paul Friedrichs, Richard Friedrichs, Hans Böber, Joseph Schurz, Paul Ruhn und Karl Schiene eine Rüge zu erteilen.

### Glaser.

**Lohnfestsetzungen.** In Berlin betragen die Stundenlöhne nach den Vereinbarungen vom 30. Mai für Bauglaser vom 30. Mai bis zum 7. Juni 2525 M, für Hilfsarbeiter vom 1. bis zum 15. Juni 2600 M, für Hilfsarbeiter vom 1. bis zum 7. Juni 3078 M, vom 8. bis zum 15. Juni 3260 M. — In Frankfurt a. M. beträgt der Stundenlohn für Glaser über 22 Jahre vom 3. bis zum Juni 2500 M, vom 9. bis zum 15. Juni 3100 M. — In Bamberg betragen die Stundenlöhne für Bauglaser vom 20. Mai bis überglaser seit 26. Mai 2700 M, für Arbeiterinnen 1250 M. Tagelohnarbeiter erhalten 137 600 M wöchentlich und Anhilfsarbeiter 24 500 M täglich.

**Freiburg i. Br.** Hier sind am 2. Juni sämtliche Glasergelegenheiten in den Streit getreten. Die Glasermeister

wollen ihnen den Tarifvertrag sowie die Lohnabmachungen der Holzindustrie aufdrängen. Bisher hatten sie mit den Glasermeistern einen Tarifvertrag. Außerdem bestand ein Lohnabkommen, wonach die Stundenlöhne der Glaser nach jeder Lohnregelung im Baugewerbe mit einer Spanne ohne weiteres als festgelegt galten. Dies Abkommen lehnen die Glasermeister jetzt ab. Die Gesellen halten daran fest. Freiburg i. Br. ist streng zu meiden.

**Leipzig.** In der Versammlung am 24. Mai wurde das Lohnverhandlungsergebnis für die letzte Lohnwoche (1920 M) nach scharf bemängelter Aussprache bei großer Stimmenmehrheit mit wenigen Stimmen angenommen. Zu dem Bericht vom Grimmitzauer Fachgruppentag war man über die Einführung eines Bezirks- oder Landes-tarifvertrages geteilter Meinung. Als Voraussetzung hierfür müssen erst die auf dem Fachgruppentage aufgestellten Wünsche und Forderungen erfüllt werden. Besonders Wert legen die Kollegen darauf, daß Kollege Reipnig als Bezirksvertreter vor allem für die Glaser in Sachsen und Thüringen wirkt, andernfalls wird befürchtet, daß der Zusammenhang unter den Kollegen leiden könnte. Nach einem Bericht der Lehrlingskommission über das Fachschulwesen wurde beschloffen, die Unternehmer zu erziehen, die Kosten der Lernmittel aus der Lernungsstufe zu bezahlen. Der Streit bei der Firma Waid ist beendet; doch hat sie mehrere Gesellen nach kurzer Beschäftigungsdauer schon wieder entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangels.

### Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

**Sperren.** Zu meiden ist Lauenburg (Densfabrik Pfeifer), Coswig i. Anhalt (Graichen), Sirchberg i. Schl., Proving Schlesien für Scheibentöpfer. — Ausland: Straßburg i. Elsaß.

**Lohnbewegung.** Im Lohnbezirk Schleswig-Holstein mit Stadt und Freistaat Lübeck wurde vom 24. Mai an der Stundenlohn auf 2450 M, der Aufschlag auf 88 668 % festgesetzt. — Im Bezirk Chemnitz vom 31. Mai bis zum 13. Juni der Stundenlohn 2587,50 M, der Aufschlag 258 650 %, in den Bezirken Dresden, Leipzig, Plauen der Stundenlohn 2475 M, der Aufschlag 247 400 %, im Bezirk Döhlen der Stundenlohn 2474,50 M, der Aufschlag 247 375 %. Hilfsarbeiter erhalten 2162 oder 2112 M Stundenlohn. — Mit dem Verein Süddeutscher Kachelofenfabrikanten wurde ein neuer Tarifvertrag vereinbart. Er enthält zwar in der Hauptache die alten Sätze, jedoch ist es gelungen, neben Verbesserungen mancher alten auch vorteilhafte neue Bestimmungen durchzusetzen. Der Aufschlag auf den verbesserten Tarif beträgt vom 14. Mai bis zum 9. Juni 113 247 % der Stundenlohn der Former 1648 M. Die im Baugewerksbund organisierten Hilfsarbeiter erhalten je nach Leistung und Alter 5 bis 40 % unter dem Formerlohn, Frauen 25 % weniger als die gleiche männliche Altersklasse. Ferner wurden die Zuschläge für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit geregelt. Das Werkzeug (ohne die Deelen) soll mit 25 % der Selbstkosten von der Fabrikation abgeben werden. Der Tarif gilt bis zum 1. Juni 1924. Die Feuerungsgehälter sind natürlich freibleibend. — Für Großthüringen wurden folgende neue Densfabrikvereinbar: I. Klasse 2470 M, II. Klasse 2410 M Stundenlohn, alle übrigen Orte 5 % weniger. — Für die Densfabrik der Fabrikantenbezirke I, IV, V, VI und VII fanden am 2. Juni in Dresden erneute Lohnverhandlungen statt. Die letzte Verhandlung am 15. Mai dieses Jahres zeigte das Resultat, daß Meißner besonders Löhne gabste und die übrigen Bezirke einschließlich Sachsen sowohl mit den Nachzahlungen als auch mit den neuen Löhnen ganz erheblich zurückblieben. Aber nicht nur Meißner gegenüber blieben

die Löhne zurück, sondern sie standen überhaupt in keinem gerechten Verhältnis gegenüber den Löhnen anderer Bezirke. Bei den diesmaligen Verhandlungen brachten daher unsere Vertreter zum Ausdruck, daß die Löhne bedeutend aufgebessert werden müßten und außerdem wieder eine einheitliche Bezahlung in allen Bezirken durchzuführen sei. Die Unternehmer zeigten diesmal mehr Verständnis. Es wurde ein Abkommen getroffen, wonach für Meißner 50 %, für die übrigen Bezirke, einschließlich Sachsen, 55 % als Zuschlag gezahlt werden. Der Stundenlohn beträgt danach vom 1. bis zum 15. Juni 2400 M; der Feuerungszuschlag 171 275 %. Der Abzug von 10 % sowie die Zuschläge für die bekannten Orte bleiben bestehen, doch wird die Kommission bei den nächsten Verhandlungen bestrebt sein, die immer größer werdende Spanne zu vermindern. Für die Orte mit 10 % Abzug beträgt der Stundenlohn 2160 M, der Feuerungszuschlag 154 147 %. Die Löhne der untern Verbände angehörenden Hilfsarbeiter sollen die gleiche prozentuale Aufbesserung erfahren. Die Anregungen der Kommission über die Bezahlung der Lehrlinge sollen den Unternehmern zur Einführung empfohlen werden.

**Zum Streit der Scheibentöpfer in Schlesien.** In einer Bezirksberhandlung am 29. Mai lehnten es die Topfwarenfabrikanten ab, einen ungefähren Ausgleich mit den Löhnen der übrigen Scheibentöpferbezirke herbeizuführen; sie verlangten, daß die schlesischen Topfer 300 bis 500 M je Stunde billiger arbeiten sollten als die Topfer in Sachsen, Anhalt, Thüringen usw. Dies wiesen unsere Kollegen natürlich mit Entrüstung zurück. Der am 23. Mai in Dresden vereinbarte Stundenlohn beträgt zum Beispiel vom 1. bis zum 15. Juni 1650 M. In Bunzlau und Mustau wollen die Unternehmer nur 1320,60 M zahlen, also 329,40 M weniger, in Raumburg a. Qu. und in Freiwaldau gar nur 1162, also 488 M weniger.

Obwohl kein Grund vorliegt, in Schlesien billiger zu arbeiten, hatten die Kollegen sich dennoch bereit erklärt, für die angegebene Zeit auf 1550 M Spitzenlohn zurückzugehen und den Stundenlohn außerdem noch für Freiwaldau und Raumburg um 30 M die Stunde zu verringern. Aber auch dieses Angebot wurde von den Fabrikanten abgelehnt! Angesichts der Tatsache, daß die Topfwarenfabrikanten in Schlesien die gleichen Verkaufspreise haben wie die Fabrikanten in allen andern Bezirken, ist dies Verhalten geradezu empörend. Nun, kein Töpfer wird unter diesen Umständen das Verlangen haben, bei solchen Hungerlöhnen in den Betrieb zurückzukehren. Die Kollegen werden schließlich auch in andern Bezirken ein Unterkommen finden, wo ihre Arbeitskraft selbst als Hilfsarbeiter höher bemerkt wird. Die Unternehmer versuchen nun, Streikbrecher zu werden; sie machen dabei hohe Verprechungen, dürfen damit aber kein Glück haben. Nachdem der Kampf von den Unternehmern in so fribroter Weise heraufbeschworen ist, wird die Arbeit nicht eher aufgenommen, bis sich die Unternehmern verpflichten, den gleichen Lohn wie in den andern Bezirken zu zahlen. Kollegen, ibr Solidarbeit für die schlesischen Kollegen! Ihr habt auf keine wesentlichen Lohnzulagen mehr zu rechnen, wenn es nicht gelingt, die Rückständigkeit der schlesischen Fabrikanten zu überwinden. Mit unserer Nachgiebigkeit muß es ein Ende haben! Im Streit befinden sich die Scheibentöpfer in Bunzlau, Raumburg, Freiwaldau, Mustau und Zschopau. Wenn es möglich ist, Streikende in andern Bezirken unterzubringen, so teile man dies sofort dem Reichsgruppenamt mit.

**Safnermeister.** Freidecker fordert gerührt, der selbständig arbeitende neuen Kammereroffen mit überfließender Plamme bedient und in Farben und Glasuren erfahren ist. Hoher Lohn und sofort bezugsfähige Wohnung mit Gartenanteil zugesichert. Angebote an die Badische Porzellan- und Tonwaren-Fabrik, Freiburg im Breisgau.

### Vom Bau.

**Delmshorft.** (Baunfall.) Am 31. Mai verunglückten hier die Hilfsarbeiter Johann Meier und der Zimmerer Fr. Kellers; sie wurden bewußlos ins Krankenhaus geschafft. Die Verunglückten waren damit beschäftigt, eine Laufbrücke von 7 m Höhe abzubauen. Als sie mit dem Loslösen der ersten Laufbrücke begonnen hatten, stürzten beide auf noch unaufgeklärte Weise in die Tiefe. Meier dürfte wohl kaum mit dem Leben davonkommen; auch die Verletzungen Kellers sind schwer.

**Forst i. d. L.** (Wieder ein Dedeneinfurz.) In dem Fabrikgebäude der Glasfabrikischen Wolfzfabriken, wo seit mehreren Wochen Aufstellungsarbeiten ausgeführt werden, ist am 29. Mai eine Decke eingestürzt und dabei der Polier Verthold Schäbler tödlich verletzt worden. Zum Glück wurde die Gefahr so frühzeitig bemerkt, daß das Fabrikpersonal die gefährdeten Teile vorher verlassen konnte. Der Verunglückte wurde durch Absteigen von der Decke herabgerissen. Dem während dieser Arbeiten stürzte die Decke zusammen, Maschinen und Werkzeuge mit in die Tiefe reichend. Der verunglückte Polier, Vater von 3 kleinen Kindern, ist ein Opfer seiner beruflichen Pflichttreue geworden. Dringend nötig ist, daß die Forderungen der Arbeiter nach verstärkter Baukontrolle und Anstellung sachverständiger Bauarbeiter als Baukontrollen erfüllt werden.

**Kranenbergr.** Am 24. Mai geriet der in der Paradiesbetonfabrik Steiner & Sohn als Fabrikarbeiter beschäftigte Kollege Geselein beim Lötlernen in die Transmissionsmaschine. Der Verunglückte war derartig zwischen Decke und Riemenstange eingeklemmt, daß er erst durch Rückwärtslaufen des Motors aus seiner qualvollen Lage befreit werden konnte. Schwere Verletzungen waren ihm dem Leibe gerissen. Schmerzerleicht kam er ins Krankenhaus. Es soll dem Kollegen hier kein Vorwurf gemacht werden, aber unverständlich bleibt es, wie jemand ohne jede Schutzvorrichtung an einer so gefährlichen Stelle während des Betriebes arbeiten kann. Gefährliches Leben und Gesundheit sind hier einziges Gut, schützt es mehr als bisher.

**Regensburg.** (Baunfall.) Am 28. Mai ereignete sich in den Zellstößen bei der Firma Gerner ein schwerer Baunfall. Bei Abruch eines Rauchkanals stürzte der reißende Teil eines Gewölbes ein und begrub unter seinen Trümmern die Kollegen Bilgeri und Heigl. Schwer verletzt wurden sie ins Krankenhaus gebracht, wo Kollege Bilgeri, dem der Brustkorb eingebrückt war, nach einigen Stunden starb. In das Aufkommen des Kollegen Heigl, der Vater von 10 Kindern ist, wird geglaubt.

**Ein merkwürdiges Geschäftsgebahren.** Bei der Firma Nathan Strauß, Sültenwerf in H. m., wurde am 31. Mai der zweite Teil des Wertes zur Ausführung bezogen. Aufgefordert hierzu wurden die Baugeschäfte K. H. H. und die Bauarbeitergenossenschaft H. m. und drei weitere Firmen, die als Zinnungsmittelglieder aus Solidaritätsgründen einen teureren Anschlag machten und das Ziel dem Baugeschäft K. H. H. überließen. Das Angebot der Firma K. H. H. stellte sich auf 73 393 000 M., das der Bauarbeitergenossenschaft auf 56 993 180 M. — Das Baugeschäft K. H. H. hatte den ersten Teil des Sültenwertes ausgeführt, jedoch nicht zur Zufriedenheit der Auftraggeber; unter anderem wurde die Arbeit derart hinausgezögert, daß sich der Bau bedeutend verteuerte. Dies war wohl auch der Hauptgrund, weshalb die Baugeschäfte wieder mit zum Wettbewerb herangezogen wurde. Vorher hatte die Baugeschäfte die Ausführung eines Wohlfahrtsgebäudes übertragen erhalten, weil das Baugeschäft K. H. H. höher bezahlt hatte als Solidaritätsgründen dem Baugeschäft K. H. H. gegenüber, dem es ganz diese Arbeit zugehängt hätte. Beide waren ausgefallen. Um nun beim zweiten Teil des Wertes nicht einen zweiten Reinfall der Privatgeschäfte zu erleben, erniedrigte die Firma K. H. H. ihr Angebot um volle 40 %, also um 29 557 200 M. Angeichts des Vorausgegangen und eines solchen Angebots mußten die Auftraggeber wohl doch zurückgewandt sein; sie fragten deshalb bei der Baugeschäfte K. H. H. an, ob sie nicht auch noch etwas zurückgehen könne. Diese verneinte das; sie hatte richtig geredet und keine Lust, noch Geld draußzugeben. Das Baugeschäft K. H. H. erhielt die Ausführung übertragen. Jedoch hat die Firma Nathan Strauß einen eigenen Bauführer eingestellt, um nachzuweisen zu können, ob die Nachforderungen auf die Löhne und Baustoffpreise auch den Tatsachen entsprechen. — Eine Frage nun an die Öffentlichkeit: Haben solche Baugeschäfte noch eine Daseinsberechtigung? Suchen sie nicht mit unerhörten Wucherpreisen zu wirtschaften? In den Pranger mit solchen Auswüchsen am kranken Volkspopel!

### Aus Unternehmerkreisen.

**Ein Preisring im Glasergewerbe?** Auf dem Verbandstag der Glasergewerbetreibenden von Thüringen, Provinz Sachsen und Anhalt am 7. Mai in Saalfeld, empfahl Stadtelzhold, Halle, nach einem Vortrage über „Nichtpreise, Preistarife, Verbandsrechnungen und Vergütung von Arbeit nur zum angemessenen Preis“ die Einrichtung einer Verbandsrechnungsstelle, die den Zimmern mit Nichtpreisen an die Hand gehen soll. Der Verbandstag war für die Einrichtung von Preisberechnungsstellen in den einzelnen Zimmern. In enger Fühlung sollen diese miteinander arbeiten und ihre Obmänner zu diesem Zwecke vierteljährlich einmal zusammenkommen. Man beachtet, daß in den einzelnen Zimmern miteinander zu verbinden. § 100 q der Gewerbeordnung verlangt zwar, daß die Zimner ihre Mitglieder in der Festlegung der Preise ihrer Ware oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden nicht befähigen darf, doch daß die Herren Zimnermeister wenig an. Selbst der auf der Tagung anwesende geweseene Syndikus der Sand-

werksammer Gera hat es anscheinend nicht für nötig gehalten, etwas dazu zu sagen. Der Verbandstag fordert noch, daß ein Reichsbandwerksministerium errichtet werde, als ob die Angelegenheiten der Handwerker im Reichsbandwerksministerium und im Reichsarbeitsministerium nicht mit bearbeitet werden könnten. Mit dem gleichen Recht könnten auch Angehörte, Beamte, Klerge, Schriftsteller und andere Gruppen besondere Reichsministerien verlangen. Die Glasergewerbetreibenden der genannten Bundesstaaten gehören zu denen, die hartnäckig und gegen den Willen der Behörden darauf bestehen, daß die Löhne durch die Vertragsstellen der Holzindustrie geregelt werden, anstatt des Baugewerbes, und zwar aus dem alleinigen Grunde, weil die Löhne in der Holzindustrie allgemein etwas geringer sind. Zu dieser Anmaßung paßt die Preisringbildung der Zimmern wie die Faust aufs Auge.

### Bücher und Schriften.

**Statistik für Baugewerkschulen und Baugewerksmeister.** Von Raurat Karl Piltz. Beste verbesserte Auflage. Der erste Teil behandelt in leichtverständlicher Art die graphische Statistik, das Zusammenhänge zweier Kräfte und Verlegen einer Kraft in zwei, Zusammenhänge mehrerer Kräfte bei Schwerpunkt, Stützpunkt u. a. Weiterführendes ist das Werk sehr zu empfehlen. Verlag Wilhelm Ernst & Sohn. Für den Preis gilt als Grundzahl 1.5.

**Der vorletzte Band des Neuen Brockhaus.** Schon liegt der dritte Band dieses unerschöpflichen Werkes in allen Wissenschaften vor; er umfaßt die Buchstaben L bis R. Nur noch ein Band, dann ist der Schlussschein eingeleitet in den bewundernswerten Bau, den dieses Wahrzeichen einer neuen Zeit darstellt. Wieder ist es ein großer Genuß, sich

### Vom 17. bis zum 23. Juni ist der 25. Beitrag fällig.

in den neuen Band zu vertiefen. Diefelbe reiche Ausstattung wie bei seinen beiden Vorgängern, bunte und einfarbige Tafeln, eine Menge Textbilder und eine reiche Anzahl von Karten im Text und auf Tafeln, alle nach dem neuesten Stand der Wissenschaft, mit den neuesten Grenzen. Jeder, der glücklicher Weise der ersten 2 Bände dieses Wertes ist, bezieht sich, auch den dritten Band zu erwerben. Eine von Brockhaus unparteiisch und sorgfältig ausgearbeitete Vergleichstabelle beweist schlagend, daß der heutige Preis eines einzelnen Bandes die untere Grenze des Möglichen darstellt. Da das Werk bandweise erscheint, ist die Anschaffung je nach möglich; denn die Anschaffungskosten verteilen sich auf längere Zeit. Den jeweils billigsten Preis genießt, wer sofort bei Erscheinen bestellt. Wie der Verlag berichtet, ist er bestrebt, den Schlusssatz noch in diesem Jahre auszugeben. — Wenn man den dritten Band durchblättert, hat man den Eindruck, vor einem recht lebhaften Auschnitt aus dem Jahrmärkte des Lebens zu stehen. Der Band enthält nicht nur das gefährliche Stichwort „Politik“, die „Weltflugzeit“ wie sie auch verbeitet wird, er klopft durch den Zwang des Alphabets die Männer der Entente, Lloyd George, Mussolini, Boincaré, mit Lenin, dem Träger des Sowjetgedankens, zusammen, und auch die Hauptkräfte dieser politischen Weltmacht, London, Rom, Paris, Moskau, St. Petersburg werden gerade in diesem Band behandelt, der noch andere Millionenbände, wie Neuport und Peking, enthält. In enger Verbindung damit stehen die in trefflichen Karten und Abbildungen ausgestatteten Länderartikel. Die Schaubühnen der Politik, die Parlamente, führt der Band in einer süßigen Uebersicht vor, aus der wir auch das Alter der Verfassungen der 84 Staaten erfahren. Die englische Verfassung, die Magna Charta, ist schon über 700 Jahre alt, die nächste im Alter, die der Vereinigten Staaten von Amerika, zählt erst 136 Jahre; nicht weniger als 40 Verfassungen sind als Folgen des Weltkrieges anzusehen. In einer übersichtlichen graphischen Darstellung zeigt uns der neue Brockhaus sogar das Uhuver der deutschen Republik, wie es die Weimarer Verfassung geschaffen hat. Der Marnefeldschlacht ist ein wichtiger Artikel mit 2 instruktiven Karten und einer ausgezeichneten Illustration Uebersicht gewidmet. Vers Amerike der Natur geleiten die Schicksale Leben, Mensch, Menschliche Regeln und vor allem die eingehende Uebersicht „Relativitätstheorie“. Durch sie gewinnt man einen Begriff von der immensen Bedeutung dieser Theorie, durch die alteingewurzelte Anschauungen beiseite geworfen, wie dies auch durch die Entdeckung des Radiums und der Radioaktivität geschehen ist. In der bildenden Kunst offenbart sich ein Gegenatz, wie er größer nicht gedacht werden kann: die alte gegen die neue Kunst. Die Tafeln „Madonna“ und die 2 Tafeln „Miniaturen“, von denen die eine den Farbenreichtum der kostbaren Originale ahnen läßt, zeigen die tiefe Innigkeit und Weltfremdheit der alten Künstler. Die Räte des Weltkrieges haben auch moderne Künstler veranlaßt, ihrem religiösen Gefühl ähnlichen Ausdruck zu verleihen, wie ihn die Madonnaenbilder aus der frühesten Zeit der Christenheit tragen. Aus den Reihen der Künstler führt das Alphabet die größten Gegenätze zusammen; auf der einen Seite Leonardo da Vinci, Michelangelo, Raffael, auf der andern Biermann, Marc, Beckstein, Picasso. Wer also den Neuen Brockhaus nicht sein eigen nennt, handelt Aug, sein Heim mit dieser Hausapotheke für alle Wissensnüste auszupfaffen.

### Briefkasten.

**Anspile.** Macht doch solche Streitereien im Orte ab, der beschränkter Raum unseres Blattes ist dafür wahrlich zu schade. D. S. in Niesla. Dein Gedicht zeugt von gutem Wesen, ist aber nicht druckreif.

### Bekanntmachung des Vorstandes

Ausgeschlossen nach § 16 der Bundesfassung ist von der Baugewerkschaft B l e c k e d e: Friedrich Zunt, geboren am 27. September 1902 zu Bledede (Buch-Nr. O 114 977); von der Baugewerkschaft G ö h n i g: Paul Behnisch, geboren am 31. Dezember 1880 zu Göhniß (145 746); von der Baugewerkschaft R h e i n e: Feinr. Strohmeyer, geboren am 18. August 1898 zu Dsnabrück (1 267 732); aus der Baugewerkschaft H o h e n s t e i n - E r n s t t h a l vom Bundesvorstand: Andreas Bornischlegel, Dfenleber, geboren am 16. Juni 1891 zu München (9526), Herrn. Partwig, Hilfsarbeiter, geboren am 21. November 1898 zu Hohenstein (622 220), und August Stucke, Maurer, geboren am 18. August 1899 zu Kleinendorf (684 885).

### Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Bund folgende Mitglieder:  
**Annaberg.** (Neudorf.) Louis Osser, Maurer, 48 J. (Geyer.) Alfred Porges, Hilfsarbeiter, 37 Jahre alt.  
**Aischaffenburg.** (Mühlth.) V. Kress, Zementarb., 45 J.  
**Augsburg.** Jakob Graf, Maurer, 57 Jahre alt.  
 Felix Hartmann, Hilfsarbeiter, 59 Jahre alt.  
**Bielefeld.** Anton Philipp, Hilfsarbeiter, 48 Jahre alt.  
**Bozenburg.** Hans Neben, Maurer.  
**Coblenz.** (Wetterstein.) Philipp Kneip, Hilfsarb., 58 J.  
**Dresden.** (Mittern.) Ernst Schöne, Maurer, 72 J.  
**Duisburg.** Emil Rosenbaum, Maurer, 84 Jahre alt.  
**Franfurt a. M.** (Griesch.) Ludwig Röder, M., 64 J.  
**Guben.** Karl Pechmann, Hilfsarbeiter.  
**Köln.** Heinrich Pütz, Maurer, 56 Jahre alt.  
**Leipzig.** Karl Ernst, Maurer, 47 Jahre alt.  
**Limburg.** (Wolfsbühl.) Heinrich Jung, Statteur.  
**Löbau.** (Hermigsdorf.) Paul Rieger, Hilfsarb., 24 J.  
**Mainz.** (Ober-Dim.) Christ. Andreas, Hilfsarb., 19 J.  
**Mannheim.** (Eppelheim.) Abraham Holl, M., 62 J. (Leutershausen.) Georg Bröcher, Maurer, 41 Jahre alt.  
**Memmingen.** Gottfried Zeh, Hilfsarb., 41 Jahre alt.  
**München.** (Ungerstr.) Georg Kagerer, M., 19 J. (Geibhausen.) Heinr. Leichtenstern, Einspaler, 52 J. (Wetling-Baocaria.) Barth. Margraf, Hilfsarb., 58 J. (Hymphenburg.) Anton Mayer, Hilfsarbeiter, 49 J.  
**Nürnberg.** Bernhard Kirsohn, Maurer, 61 Jahre alt.  
**Neustadt a. d. Saardt.** Franz Reinhardt, S., 59 J. (Eindenberg.) Joh. Keiser, Maurer, 60 Jahre alt.  
**Nürnberg.** (Cadolzburg.) Peter Kraft, Maurer, 52 J.  
**Regensburg.** (Erdmannhof.) Ludwig Bilgeri, S., 54 J. (Semoau.) Johann Kneip, Hilfsarbeiter, 37 Jahre alt.  
**Schleswig.** Friedrich Weis, Hilfsarb., 37 Jahre alt.  
**Stuttgart.** (Hilgshausen.) Christian Kimmeler, 54 J.  
**Wiesbaden.** Gustav Thon, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt.  
**Worms.** (Weißheim.) Joh. Kandel, Maurer, 33 J. (Rindheim.) Joan Diemer, Hilfsarb., 47 Jahre alt.  
**Ziegenhals.** (Langendorf.) Emanuel Fiesler, 42 J.  
 Ehre ihrem Andenken!

### Bau- und Erdarbeiter-Produktivgenossenschaft „Zukunft“, Stolp.

Durch Beschluß der Generalversammlung am 15. April 1923 ist die Genossenschaft aufgelöst worden. Wir fordern hiermit die Gläubiger und Schuldner auf, sich bis zum 15. Juli 1923 zu melden.  
 Die Liquidatoren.  
 Willi Hildebrandt. Karl Markgraf. Karl Kloms.

### Gemeinnützige Bau- und Produktivgenossenschaft Helmbrechts.

Bilanz am 31. Dezember 1922.

Aktiva.	
Kassenbestand	578,— M.
Lagernde Baumaterialien	700 000,—
Gerüst und Geräte	120 000,— M.
10 % Abschreibung	108 000,—
Außenstände an Bauarbeiten	2 294 396,50
Anteilkonto	1 700,—
Bureaueinrichtung	1,—
<b>Summa</b>	<b>3 104 670,50 M.</b>
Passiva.	
Warenschulden	1 486 612,50 M.
Außenstehende Rechnungen, Fuhrlohn	349 700,—
Bankfaktoren	450 000,—
Versicherungsbeiträge	100 000,—
Nach zu zahlende Umfassung	100 252,—
Zinsen für Spareinlagen	480,—
Rückständige Miete für 4. Quartal	600,—
Spareinlagen	9 600,—
Reserven	36 636,35
Geschäftsanteile	8 400,—
Neuananschaffung (Gerüst und Geräte)	815 000,—
Technische Arbeiten	50 000,—
Reingewinn	197 889,65
<b>Summa</b>	<b>3 104 670,50 M.</b>

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1922 28; ausgeschieden sind 3 Mitglieder.  
 Die Revisoren. Die Dorfhandtschaft.  
 Seel. Lehmann. Bächer. Peilner. Ebert.

**Heinrich Schmidt,** Maurer, geb. 25. Dezember 1898 zu Barchim i. Meckl. Um Angabe seiner Adresse bittet die Baugewerkschaft Bismarck i. M., P. Wustrow, Mitfai-Kirchhof 6, 1. Et.